

REZENSIONEN

Maria DoMar Castro Varela, Nikita Dhawan, Antke Engel (Hg.)

Hegemony and Heteronormativity: Revisiting „The Political“ in Queer Politics

JULE JAKOB GOVRIN

Die Herausgeberinnen streben an, die Modelle der Heteronormativität und der Hegemonie in ein produktives Spannungsfeld zu setzen, um ein erweitertes Politikverständnis zu formulieren, das es erlaubt, komplexere politische Analysen zu liefern und neue Gegenstrategien zu entwickeln. Im Zuge dessen soll der Begriff des Politischen, welcher der poststrukturalistischen Hegemonietheorie von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau entstammt, in queertheoretischer Perspektive umgedacht werden. (Gegen-)hegemoniale Kämpfe werden in Referenz zu Laclau/Mouffe als offen und ambivalent gedacht. Dies bedeutet bezüglich queerer Politiken: „(I)t is essential to develop an understanding of (queer) resistance and political transformation as an engagement with the irreducible simultaneity of compliance and subversion“ (11). In Zeiten, in denen Differenz, Diversität und Pluralismus als neoliberale Werte zelebriert werden (z.B. im Rahmen von Diversity Management), hilft dieser Ausgangspunkt, um die verzwickten Verflechtungen gegenhegemonialer Politiken und neoliberaler Aneignungsprozesse zu erfassen. So fragen die Herausgeberinnen:

(W)hat happens when sexual individualism, self-definition and flexibility become the norm? How far is hegemony from proposing a version of heteronormativity that no longer relates to rigid binary gender norms and compulsory heterosexual desire but embraces transgender, intersexuality and a broad variety of desires? And how is queer politics in the global North complicit in stabilizing structures of domination and exploitation in the global South? (19)

Durch die Einzelbeiträge zieht sich folglich die Leitfrage, wie die Verstrickungen queerer Politiken und neoliberaler Diskurse in der wechselseitigen Ergänzung von hegemonietheoretischen Ansätzen und Heteronormativität als Analysekategorie erschlossen werden können. Neben dem Einleitungstext von Michael O'Rourke, einem Vorwort von Lisa Duggan, den Einzelbeiträgen der Herausgeberinnen sowie von Randi Gressgard, Susanne Lummerding und Katerina Kolarova exemplifizieren insbesondere die Ausführungen von Gundula Ludwig und Volker Woltersdorff (aka Lore Logorrhöe) das Anliegen des Sammelbandes.

Ludwig liefert eine äußerst präzise Analyse von Butlers Modell der heteronormativen Matrix und kritisiert, dass es ahistorisch und allzu rigide konzipiert sei. Butlers

Machtbegriff verharre somit in einem repressiv-juridischen Denkmodell und bleibe zu abstrakt, um Erkenntnisraum für mögliche gesellschaftspolitische Umwandlungen zu öffnen. Um diese theoretische Leerstelle zu füllen, rekurriert Ludwig auf Gramscis Hegemonietheorie, in der Staatsmacht nicht als Zentrum der Souveränität, sondern als Effekt sozialer Kämpfe interpretiert wird. Damit, so Ludwig, wirke Staatsmacht als dynamische Formation. In dieser Erweiterung entwirft sie das Konzept der heteronormativen Hegemonie, das es erlaubt, Staatsmacht historisch zu kontextualisieren und konkrete Bezüge zu sozialen Aushandlungen herzustellen. Demgemäß skizziert sie Staatsmacht jenseits klassischer Staatstheorien und verortet sie hegemonietheoretisch in den Alltagspraktiken sozialer Akteur_innen. Also vertritt sie einen breit angelegten Staatsbegriff, der sich nicht auf staatliche Institutionen beschränkt, sondern gesellschaftliche Sphären und Subjektkonstitutionen einbezieht. Mit Butler davon ausgehend, dass vergeschlechtlichte Subjektivitäten Effekte der heteronormativen Hegemonie sind, schafft sie den Brückenschlag zu Foucaults Gouvernementalitätstheorie und seinem Modell der Selbsttechnologien, um die Wechselwirkung zwischen Unterwerfung und Selbstermächtigung zu erläutern. Damit liefert die Autorin einen überzeugenden Entwurf, um das Konzept der Heteronormativität hegemonietheoretisch zu fundieren und ein erweitertes Blickfeld auf die komplexen Verflechtungen von Staatsmacht und Subjektivierung zu eröffnen.

Woltersdorff befasst sich mit der libidinösen Dimension von Komplizenschaft und Konsens in Herrschaftsverhältnissen und untersucht, wie der Lustgewinn an der Submission in BDSM¹-Praktiken subversive Kräfte entfalten kann. Hierfür nimmt er das Konsensmodell als Konvergenzpunkt, um anhand qualitativer Interviews mit BDSM-Praktizierenden die These zu verfolgen, dass in diesen Praktiken hegemoniale Machtdynamiken reinszeniert und lustvoll umgearbeitet werden. Während sich in Gramscis Hegemonietheorie Konsensbildung ohne reflektiertes Einverständnis vollzieht, werde in BDSM-Aushandlungen ein „aktives“ bzw. „informiertes“ Konsensmodell praktiziert. In diesem Sinne versteht *Woltersdorff* BDSM-Praktizierende als organische Intellektuelle:

„Hegemony thus operated on two levels: the groups both negotiated group consent and negotiated their symbolic position within society. These are all qualities of ‚organic intellectuals‘, as group consent might tend to insert itself into hegemony but can also establish a counter-hegemony that defines hegemony“ (173).

Die libidinösen Strategien, welche den heteronormativen Konsens mobilisieren, sowie die sexuelle und emotionale Arbeit, die von allen Beteiligten erbracht wird, um die soziale Ordnung zu reproduzieren, werden in BDSM-Praktiken angewandt und als Machtstrategien enttarnt. „BDSM practice has a potential to denormalize and renegotiate hegemony precisely because it links intersubjective dominance to a societal domination, while at the same time denaturalizing this very connection“ (178). Dabei werden die Machtmechanismen hegemonialer Konsensbildungen nicht wiederholt, vielmehr werden diese Dynamiken reinszeniert und inhärente Hierarchien neu verhandelt. Dadurch, so *Woltersdorff*, werde sowohl die Begehrensökonomie der he-

teronormativen Hegemonie sichtbar, als auch Widerstandspotential entfaltet. Somit werden Normen in BDSM-Praktiken transportiert und gleichermaßen destabilisiert: Demgemäß spricht Woltersdorff BDSM-Praktiken eine Doppelfunktion zu: „(H)eteronormativity is phantasmatically reproduced and therefore functions hegemonically. This excess causes frictions with the norm, which both creates a potential for renegotiation and is also evidence of the norm’s very limits“ (181). Sein Beitrag stellt eine anschauliche Erläuterung über die Interdependenzen von Begehren, Sexualität, Konsens und Unterwerfung sowie die Anknüpfungspunkte zwischen Hegemonietheorien und Heteronormativitätskonzepten dar.

Die Autor_innen gehen von einem Politikverständnis aus, das politische Prozesse nicht nur auf der Diskursebene institutionalisierter Politik verortet, sondern auch kulturell-symbolische Umwandlungen einbezieht, wobei dieser Anschluss an Politikbegriffe der politischen Kulturforschung nicht explizit gemacht wird. Indem die Analysekategorie des Heteronormativitätskonzepts mit hegemonietheoretischen Ansätzen erweitert wird, eröffnet sich ein intersektionales Blickfeld auf methodischer wie inhaltlicher Ebene. Um die Komplexität von Machtoperationen und hegemonialen Aushandlungen differenziert zu betrachten, soll queer als Analysewerkzeug nicht auf die Kritik an normativer Heterosexualität und an dem binären Genderregime beschränkt werden. Auf diese Weise wird ein Verständnis von Intersektionalität postuliert, das nicht additiv gefasst, sondern multiplikatorisch gedacht wird, in dem sich Machtkategorien in und durch Beziehung zueinander konstituieren. Hier wird der Artikulationsbegriff wirksam, da sich eine Machtkategorie durch eine andere artikuliert. Zum Beispiel artikuliert sich Rassismus durch Sexualität, wenn die Forderung nach Lesbian, Gay, Bisexual und Trans (LGBT)-Rechten ausgespielt wird, um staatliche Interventionen des globalen Nordens in Staaten des globalen Südens zu legitimieren. Auf inhaltlicher Ebene sind hier die Beiträge von *Kolarova* wie von *Do Mar Castro Varela* und *Dhawan* zu nennen: Entlang einer Filmanalyse verknüpft Kolarova Queer Theory und dis/ability studies, während Dhawan und Do Mar Castro Varela queer/feministische und postkoloniale Perspektiven miteinander verbinden. Gemäß der Prämisse, dass Artikulationsprozesse offen gehalten werden müssen, wird den Leser_innen ein kohärentes Konzept zur Theoretisierung des Politischen verweigert. Dennoch bietet die Publikation durch vielfältige Perspektiven und Anwendungsfelder einen Ausblick darauf, wie sich queer/feministische Neoliberalismuskritiken re-artikulieren lassen.

Anmerkung

- 1 Das Akronym BDSM steht für bondage, discipline, dominance & submission (DS), sadism & masochism (Fesselungspraktiken, Disziplinierungspraktiken, Dominanz und Unterwerfung/Hingabe, Sadismus und Masochismus).

Maria DoMar Castro Varela, Nikita Dhawan, Antke Engel (Hg.), 2011: *Heteronormativity and Hegemony: Revisiting „The Political“ in Queer Politics*. London: Ashgate. 224 S., ISBN 978-1409403203.

Sushila_Mesquita

Ban Marriage! Ambivalenzen der Normalisierung aus queer-feministischer Perspektive

KATHARINA HAJEK

Ausgangspunkt dieses Bandes ist die vieldiskutierte Normalisierung lesbischer und schwuler Lebensweisen, wie sie sich in den letzten Jahren in den OECD-Staaten v.a. in einer Entkriminalisierung homosexueller Praktiken, einer teilweisen staatlichen Anerkennung und einer verstärkten medialen Repräsentation von Lesben und Schwulen manifestiert. Dass mit dieser Entwicklung auch neue soziale Exklusionen und Normierungen nicht-heterosexueller Lebensweisen verbunden sind, wird in diesem Band am Beispiel des Schweizer Partnerschaftsgesetzes aufgezeigt, das 2007 in Kraft trat.

Nach einem kurzen globalen Überblick über die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wird zunächst auf den Begriff Heteronormativität eingegangen, der die gesellschaftliche Institutionalisierung von Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit beschreibt und zugleich den analytischen Zugang zum empirischen Feld darstellt. Mesquita argumentiert dafür – und durchaus im Widerspruch zu anderen Positionen –, Heteronormativität nicht als universales, transhistorisches Prinzip vorauszusetzen, sondern diese immer in ihrer konkreten Artikulation mit Sexismus, Rassismus und Klassenverhältnissen zu analysieren. Zudem dürften dabei neben Mechanismen der sozialen Exklusion und Kriminalisierung auch Formen der partiellen Integration und Normalisierung von nicht-heterosexuellen Lebensweisen – wie oben beschrieben – sowie deren ambivalente und machtvollen Konsequenzen nicht aus dem Blick geraten.

Das Schweizer Lebenspartnerschaftsgesetz wird daran anschließend mit Antke Engel als Form der „hierarchisch differenzierten Integration“ analysiert. Denn einerseits kommt es mit dem Rechtsinstitut der Verpartnerung zu einer Integration von Lesben und Schwulen in Rechtsansprüche, die vormals nur Ehepartner_innen offenstanden, etwa im Steuer-, Erb- und Sozialversicherungsrecht. Zugleich werden lesbische und schwule Partner_innenschaften jedoch „als Anderes“ (156) integriert, da ihnen das Recht auf Adoption und assistierter Fortpflanzung und somit der Familienstatus verwehrt bleibt. Die Schweizer Gesetzgeberin argumentiert dabei zentral mit dem „Kindeswohl“, das nur durch die Anwesenheit – nicht unbedingt der leiblichen, wohl aber – notwendig verschiedengeschlechtlicher Elternteile sicher gestellt sei. Mesquita arbeitet dabei stets auch die Widersprüchlichkeit dieser Rechtsauffassungen heraus, da es beispielsweise Einzelpersonen in der Schweiz sehr wohl erlaubt ist, Kinder zu adoptieren (132). Normierend wirkt das Partnerschaftsgesetz zudem, insofern auch nur spezifische Beziehungsformen abgesichert werden: kin-

derlose Zweierbeziehungen aufenthaltsberechtigter Partner_innen, die im Idealfall beide voll erwerbstätig sein können und es auch sind.

Mesquita diagnostiziert also neben den offensichtlichen Kontinuitäten auch neue Verschiebungen im heteronormativen Normenkomplex. Werden homosexuelle Partnerschaften nun rechtlich abgesichert, bleibt ihnen die Anerkennung als Familie verwehrt. Letzteres wird – und das ist ein wichtiger Punkt – nicht mehr über die sexuelle Orientierung begründet, sondern über die Setzung einer exklusiven Zweigeschlechtlichkeit als Voraussetzung für Elternschaft und Reproduktion.

Die politische Forderung nach Öffnung der Ehe wird daran anschließend unter Rekurs auf die feministische Rechtskritik und auf Nancy Fraser noch einmal grundlegend problematisiert, da mit dieser Forderung, so Mesquita, stets nur spezifische Beziehungsformen privilegiert werden und dies zudem die Gefahr birgt, sich in neoliberalen Privatisierungsprogrammatiken von Sorgearbeit einzufügen. Anhand von staatlichen wie auch zivilgesellschaftlichen Kampagnen gegen Homophobie wird schließlich herausgearbeitet, wie eine vorgegebene Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen für eine problematische Stilisierung westlicher Demokratien gegenüber einem vermeintlich rückständigen und homophoben „Anderen“ herangezogen wird. Vor diesem Hintergrund werden schließlich Vorschläge für ein „Verqueeren“ von Familienpolitik skizziert, wobei die Schaffung von unterschiedlichen rechtlichen Anerkennungsformen („Paketlösungen“) für die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Beziehungskonstellationen im Zentrum steht und Pflegeverhältnisse besondere Unterstützung erhalten sollen.

Die Studie zeichnet sich zunächst durch eine sehr klare Sprache aus, die insbesondere die zitierten rechtswissenschaftlichen Kommentare zugänglich macht. Die größte Stärke des Textes liegt jedoch im Erfüllen der eigenen Vorgabe, Heteronormativität als veränderlichen Normenkomplex in all seiner Dynamik und Widersprüchlichkeit nachzuzeichnen. Damit fügt er sich auch in eine Reihe jüngerer queer-theoretischer Arbeiten ein, die sich gesellschaftstheoretisch fundiert wieder verstärkt sozialwissenschaftlichen Zugängen in der queer theory widmet. Eine breitere Rezeption historischer lesbischer und schwuler Lebensformenpolitiken wäre noch interessant gewesen und es bleibt die Frage offen, welche Rolle Familienpolitiken im Kontext genereller staatlicher Institutionalisierung von Heteronormativität zukommt.

Sushila_Mesquita, 2011: Ban Marriage! Ambivalenzen der Normalisierung aus queer-feministischer Perspektive. Wien: Zaglossus, 304 S., ISBN 978-3-9502922-5-1.

Utta Isop, Viktorija Ratković (Hg.)

Differenzen leben. Kulturwissenschaftliche und geschlechterkritische Perspektiven auf Inklusion und Exklusion.

BETINA AUMAIR

Die Autor_innen dieses Bandes setzen sich mit der Produktion und den Effekten von Differenzen auseinander, wobei emanzipatorische Perspektiven von Ein- und Ausschlüssen in Gesellschaften im Vordergrund stehen. Vielfältig und umfassend bieten die Beiträge sowohl eine theoretische Auseinandersetzung mit Aspekten der Inklusion und Exklusion als auch einen Einblick in praktische Beispiele „gelebter Differenz“ (Beiträge von Bettina Gruber, Barbara Eder, Siegfried Stupnig und Denise Branz, auf die hier nicht weiter eingegangen werden) vor allem aus den Bereichen der Migration- und LesbianGayBisexualTransgenderQueer-Szene. Die Beiträge der Publikation gruppieren sich in vier Kapitel. Diesen vorangestellt ist ein Beitrag der Herausgeberinnen, in dem sie ihre Grundannahmen zu unterschiedlichen Aspekten, die in dieser Publikation angesprochen werden, vorstellen. Im Zentrum des ersten Kapitels steht der Begriff der „Integration“. Birge *Krondorfer* setzt sich in ihrem Beitrag mit dem Verhältnis von Inklusion und Exklusion anhand der Kategorie der Migrant_innen auseinander. Die Ambivalenzen des Integrationsdiskurses, die sie aufzeigt, betreffen vor allem die hierarchisierende Ordnung der Kulturen und den Prozess der Anerkennung als „Verähnlichung“ (30). Für Krondorfer ist die Überwindung dessen, dass Migrant_innen als Objekte politischer und sozialer Mainstreamdiskurse gesehen und sie zu Sprecher_innen ihrer selbst werden, zentral, um die Strukturen von Ein- und Ausschlüssen zu verändern. Christine *Klapeer* sieht in Bezug auf LGBTQs die Forderung nach einer „dissident citizenship“ (24) im Sinne einer „aktive[n] Politisierung von Grenzen und Ausschlüssen, Subjektivierungs- und Normalisierungsstrategien“ (55) als wesentlich, um eine Transformation gesellschaftlicher Praktiken zu erreichen.

Den Schwerpunkt des zweiten Kapitels bildet die Analyse wirtschaftswissenschaftlicher und subjekttheoretischer Argumente im Hinblick auf ihre herrschaftsstabilisierenden Wissenskulturen und Ideologien. Karin *Schönpflug* wendet sich in ihrem Beitrag unterschiedlichen Erklärungsmustern geschlechtsspezifischer Lohn-differenzen zu. Mainstream-Erklärungen zum so genannten Gender Pay Gap seien ebenso wie geforderte und auch durchgeführte Initiativen nicht zielführend, da sie die Komplexität der Problematik nicht erfassten. Um die ökonomische Diskriminierung von Frauen nachhaltig zu beseitigen, brauche es Strategien, die zugleich auf der symbolischen, institutionellen und persönlichen Ebene ansetzten. Auch Friederike *Habermann* weist im anschließenden Beitrag darauf hin, dass die Verwobenheit

der strukturellen und identitären Funktionsebenen von Herrschaftsgefügen von zentraler Bedeutung sei, um zu erkennen, welche Interessen im gegenwärtigen neoliberalen System Gehör finden. Anhand der Kategorie der Hungernden zeigt Habermann auf, dass selbst ein Konzept wie Global Governance, das es sich zum Ziel gemacht hat, „diese Welt in eine bessere zu verwandeln“ (95) und dafür die Zivilgesellschaft miteinbezieht, Gefahr läuft, gegebene Strukturen zu verfestigen, wenn es nicht die Räume schafft, „welche es (potenziell) Hungernden ermöglicht, für sich selbst zu sprechen – und gehört zu werden“ (107).

Im dritten Kapitel steht die Auseinandersetzung mit den politischen, wirtschaftlichen und medialen Partizipationsbedingungen von Migrant_innen, Lesben, Schwulen und anderen Minderheiten im Zentrum. Viktorija *Ratković* fokussiert in ihrem Beitrag auf MigrantInnen als Wissenssubjekte und MedienproduzentInnen. Als Wissensobjekte stünden MigrantInnen wie kaum eine andere Gruppe von Menschen unter öffentlicher Beobachtung. An ihnen zeige sich, wie eine spezifische soziale Gruppe in den unterschiedlichen Diskursen laufend zu Wissensobjekten gemacht werde. Medienwissenschaftliche Forschungen im Zusammenhang mit MigrantInnen als MedienproduzentInnen stellen dabei nach wie vor ein Desiderat dar. Neben der Entwicklung solcher von MigrantInnen produzierten Medien in Deutschland, wendet sich *Ratković* der Darstellung von MigrantInnen in österreichischen Medien zu.

Mate Ćosić und *Hannes Dollinger* setzen sich mit dem Konstrukt des Sexual Citizenship auseinander. Die beiden Autoren argumentieren, dass es in der Politik der gegenwärtigen Mainstream-LGBT-Bewegung hauptsächlich darum gehe, „die heterosexuelle Serien-Monogamie zu kopieren“ (162). Sie plädieren für einen „Beyond same-sex marriage“-Ansatz, da dieser reale und utopische Aspekte berücksichtige, die wichtig seien für soziale Bewegungen, deren Ziel es ist, die Gesellschaft zu verändern. *Antonio Jay Pastrana, JR.* wendet sich in seinem Beitrag der Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität zu. In seiner soziologischen Studie untersucht er, inwiefern Kategorien der Ungleichheit wie Sexualität und Ethnie für Menschen mit einer „hervorgehobenen ethnischen Zugehörigkeit“ (143) und Sexualität auch Momente der Ermächtigung sein können. Wie „fremde Männlichkeit“ in feministischen Multikulturalismuskritiken konstruiert wird und welche Position migrantische Frauen dabei innehaben, arbeitet Paul *Scheibelhofer* in seinem Beitrag heraus. Er betont, dass es statt rechtlicher Regelungen und einer Pädagogisierung von migrantischen Männern, einen „Multikulturalismus von unten“ (203) brauche, der von den transnationalen Bedürfnissen und Erfahrungswelten der Migranten ausgehe und diese in einen gesamtgesellschaftlich-politischen Kontext setze. So könne die widersprüchliche Situation von Migranten und gelebte Praxen des Widerstands gegen maskulinistische Ideale in den Blick gerückt werden.

Im vierten und letzten Kapitel werden konkrete Aktivitäten, Konzepte und Praktiken, wie Differenzen gelebt werden, zur Diskussion gestellt. *Uta Isop* geht in ihrem Beitrag der Verflechtung von struktureller und persönlicher Herrschaft in Hierarchien nach. Obwohl Herrschaftstechniken und die hierarchische Verfasstheit von

Organisationen und Institutionen Prozesse der Inklusion und der Exklusion befördern, komme es in Gesellschaften immer wieder zu „historischen Wendepunkten“ (211), an denen sich Subalterne Gehör verschafften. Vorschläge und Experimente zur Schaffung von Kooperationsformen, die weniger gewalt- und hierarchieförmig sind als die gegenwärtigen, gebe es bereits sehr viele, diese müssten aber, so die Autorin, sichtbar gemacht werden. Als ein Beispiel einer solchen bewährten Praxis, die in vielen Teil der Welt „zur Verringerung von Ungleichheit, Armut und Ausbeutung“ (224) geführt hat, nennt sie das bedingungslose Grundeinkommen, das sie auf seinen Emanzipationsgehalt und seine feministischen Implikationen hin untersucht. *Stefanie Grohmann* stellt Ergebnisse einer militanten Untersuchung, die sie gemeinsam mit Frauen aus der HausbesetzerInnenszene in Bristol, UK, durchgeführt hat, zur Diskussion. Im Zentrum stand dabei, welche Bedeutung Geschlecht im Zusammenhang mit Hausbesetzungen zukommt. Als wissenschaftliche Praxis orientierte sich die Autorin an der anarchafeministischen Forschung, in der anarchistische Politik mit feministischen Positionen verbunden wird. Anhand ihrer Untersuchung zeigt Grohmann Gegensätze, Widersprüche und Unvereinbarkeiten auf, die sich aus der Verbindung von akademischer und politischer Arbeit ergeben können. So kommt zum Beispiel bei militanten Untersuchungen die Forscherin aus dem Feld selbst, in diesem Fall aus der Hausbesetzungsszene. Des Weiteren wird akademisches Wissen für die Zwecke der sozialen Bewegung verwendet und nicht das Wissen von AktivistInnen für universitäre Forschungszwecke. Militante Untersuchungen unterscheiden sich auch dahingehend, dass die Ergebnisse nicht zum Ziel haben, sich in einem Buch verkaufen zu lassen, sondern die Praxis zu transformieren.

Die Stärken des Buches liegen in seiner vielfältigen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Aspekten der Inklusion und Exklusion in Bezug auf die Kategorie Geschlecht in Verbindung mit – in erster Linie – den Kategorien Ethnie und Sexualität. Hervorzuheben ist die umfassende Erörterung unterschiedlicher struktureller kapitalistischer Herrschaftsformen und der damit verbundenen Diskriminierungsformen. Differenzen nicht nur zu aus wissenschaftlicher Perspektive zu problematisieren, sondern auch Aushandlungsprozesse in der Praxis aufzuzeigen und beides miteinander in Beziehung zu setzen, bestimmt die besondere Bedeutung dieses Buches.

Utta Isop, Viktorija Ratković (Hg.), 2011: *Differenzen leben. Kulturwissenschaftliche und geschlechterkritische Perspektiven auf Inklusion und Exklusion*, Bielefeld: transcript, 264 S., ISBN 978-3-8376-1528-9.

Beate Binder, Gabriele Jähnert, Ina Kerner, Eveline Kilian, Hildegard Maria Nickel (Hg.)

Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers

VERONIKA WÖHRER

Der Band resultiert aus der gleichnamigen Tagung am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZfG) an der Humboldt Universität und ist in drei Abschnitte gegliedert: Zu Beginn stehen vier Beiträge zu deutsch-deutschen Dynamiken in der Geschlechterforschung, gefolgt von fünf Aufsätzen zu Systemwandel und Wissenstransfer in postsozialistischen Staaten Europas, am Ende vier weitere Texte, in denen inter- und transdisziplinärer Wissenstransfer beleuchtet wird.

Im ersten Teil beschreiben *Hildegard Maria Nickel* und *Irene Dölling*, die schon in der DDR Frauenforschung betrieben, sowie *Gudrun-Axeli Knapp* und *Susanne Maurer* aus der BRD, nicht nur ihre persönlichen Erfahrungen in den Begegnungen mit den jeweils „anderen“ deutschen Frauen, sondern reflektieren diese auch vor dem Hintergrund der Frage, welches Wissen warum und wo (nicht) aufgegriffen wurde. Beeindruckend ist hier Döllings Analyse ihrer eigenen Werke und den darin implizierten theoretischen Vorannahmen. Die Autorinnen gehen auf unterschiedliche theoretische Orientierungen, auf strukturelle Veränderungen im Wissenschaftsbetrieb sowie auf frühere eigene blinde Flecken ein. Knapp formuliert die wichtige – von Dölling inspirierte – Erkenntnis, dass die in der DDR realisierte Variante der Moderne eine andere, in der feministischen Theorie der BRD unberücksichtigte, war, und dass dies „Konsequenzen haben musste für die Aussagefähigkeit feministischer Theorie im Ganzen“ (59).

Im folgenden Abschnitt gibt zunächst *Andrea Krizsan* einen interessanten Überblick über das Zusammenspiel von internationalen Politiken (v.a. UNO und EU) und nationalen politischen Strukturen in Bezug auf die Entstehung und Arbeitsweisen von „gender equality institutions“ in post-sozialistischen Ländern Europas.

Im Anschluss gehen *Andrea Petö*, *Bożena Choluj*, *Hana Hašková* sowie *Eva Maria Hinterhuber* und *Andrea Strasser-Camagni* auf Wissenstransfer von und nach Ungarn, Polen, die Tschechische Republik und Rußland ein. Diese Beiträge zeigen den Einfluss westlicher Fördereinrichtungen und Theorien, aber auch, dass das Zusammenspiel von internationalem Austausch und lokalen Strukturen und Debatten die jeweilige Ausprägung von feministischer und Genderforschung bestimmte. So waren es häufig westliche Geldgeber (z.B. Ford Foundation, Heinrich Böll Stiftung), die nicht nur feministisch forschende NGOs, sondern auch universitäre Zentren unterstützten. Choluj, Hašková und Hinterhuber/Strasser-Camagni betonen die Wichtigkeit westlicher ForscherInnen und Texte für die Debatten vor Ort. Choluj beschreibt, dass Diskussionen unter polnischen Wissenschaftlerinnen beispielsweise von deren Rezeptionen bestimmter westlicher feministischer Theorierichtungen geprägt war:

So hätten Debatten um unterschiedliche Ideen von Weiblichkeit quasi entlang der Rezeptionslinien von Butler versus Irigaray und Cixous stattgefunden (118). Die Texte zeigen anschaulich, wie die Rezeption westlicher Autorinnen und Konzepte durch lokale Strukturen und Diskussionen beeinflusst wird. So werden beispielsweise bestimmte Begriffe und Theorien als brauchbar gewertet (z.B. „Weiblichkeit“ oder dekonstruktivistische Ansätze in Polen, Gender in der Tschechischen Republik oder in Russland) und andere als unbrauchbar oder zu kontrovers abgelehnt oder nur vorsichtig gebraucht (z.B. „Feminismus“ in der Tschechischen Republik). Ebenso zeigt sich, dass auf (wissenschafts-)politischer Ebene internationale Vorgaben immer mit nationalen Strukturen und Politiken in Einklang gebracht werden müssen. D.h. konkrete Implementierungen, Strategien und Inhalte entstehen erst in einem Zusammenwirken von lokalen und transnationalen Konzepten. Während Krizsan zeigt, welche Modelle staatlicher Gleichbehandlungsstellen gut gelungen sind, versuchen Nickel, Dölling, Knapp, Chołui und Hinterhuber/Strasser-Camagni (teilweise auch Hašková) auf inhaltlich-theoretischer Ebene zu zeigen, welche eigenständigen Ideen aus diesem Zusammenwirken hervorgegangen sind und was GenderforscherInnen aus anderen Kontexten von postsozialistischen Konzepten lernen können. Dem Band ist hoch anzurechnen, dass die Beiträge dieser beiden Abschnitte nicht bei einer Aneinanderreihungen von Darstellungen nationaler Kontexte oder von Beschreibungen persönlicher Erfahrungen in internationalen Begegnungen stehen bleiben, sondern durchwegs analytische, oft (selbst-)kritische Perspektiven zum transnationalen oder transdisziplinären Wissenstransfer vermitteln.

Im letzten Abschnitt des Buches erweitert *Rosemarie Buikema* die Frage des Wissenstransfers auf außereuropäische Länder, indem sie koloniale Praktiken thematisiert und die wichtige Frage nach der Möglichkeit oder Ausprägungen der Verbindung von postkolonialer Theorie und Gender Studies stellt. Allerdings geht Buikema auf die Frage des Wissenstransfers nicht näher ein. Dieses Vorgehen teilt sie leider mit den anderen Autorinnen des letzten Abschnitts. Die letzten vier Beiträge legen Fragen eines transdisziplinären Wissenstransfers nahe, bearbeiten ihn aber zumeist nur implizit. So werden in diesen durchgängig interessanten und innovativen Texten von *Ina Kerner*, *Isabell Lorey* und *Eveline Kilian* die Bedeutungen und Konsequenzen von Wissenstransfer zwischen Disziplinen sowie zwischen Sprachräumen, die immer wieder anklingen, leider nicht näher ausgeführt. Lorey spricht die Frage des Wissenstransfers lediglich an einer Stelle explizit an, wenn sie festhält, dass beim „Import“ des Intersektionalitätsansatzes in die deutsche Genderforschung das Moment des politischen Kampfes, der damit verbunden war, verloren ging. (210). Kilian, die das Thema des Wissenstransfers noch am stärksten bearbeitet, geht kurz darauf ein, wenn sie „Kritik der Zweigeschlechtlichkeit, Heteronormativitätskritik und Identitätskritik“ als diejenigen Bereiche benennt, an denen die Gender Studies durch die Queer Studies vorangetrieben wurden (221f.). Beide belassen es aber bei einer sehr cursorischen Auseinandersetzung mit Wissenstransfer. Es scheint, als wäre diese Frage, die dem Sammelband vorangestellt ist, für die theoretischen Beiträge nicht mehr von zentraler Relevanz gewesen.

Damit ist auch schon das größte Problem des Sammelbandes angesprochen: Der letzte Abschnitt stellt einen Bruch mit den vorangegangenen Texten in zweierlei Hinsicht dar: Erstens wird die Frage des Wissenstransfers hier kaum explizit ausgearbeitet, zweitens handelt es sich um eine andere Art des Wissenstransfers als die, von der im letzten Abschnitt die Rede ist. Diese unterschiedlichen Dimensionen des Wissenstransfers hätten eine Bereicherung für den Band auch in konzeptioneller Hinsicht sein können: Untersuchungen zu inter- und transdisziplinären Wissenstransfers sind, insbesondere in Bezug auf postkoloniale Theorie, Intersektionalitätsdebatten oder Queer Studies in Verbindung mit Gender Studies, zweifellos wichtige Fragestellungen. Doch in der hier vorliegenden Form stehen diese Beiträge seltsam unverbunden neben den anderen Texten. Verstärkt wird dies durch die unglückliche Namensgebung „Theoretische Interventionen“: Diese erweckt einerseits den Eindruck einer Verbindung zwischen den Abschnitten und evoziert zweitens eine Differenzierung zwischen „theoretischen“ und „empirischen“ (oder „praktischen“) Beiträgen zur Wissenszirkulation, die so in den Texten selbst gar nicht angelegt ist. Die dadurch implizierte Kategorisierung der vorangegangenen Texte als weniger theoretisch wird den Texten nicht wirklich gerecht und ist auch angesichts des unterschiedlichen Stellenwerts, der Theorie und Praxis bzw. Theorie und Empirie in wissenschaftlichen Debatten zugeschrieben wird, problematisch.

Insgesamt ist den Herausgeberinnen ein wichtiger Beitrag in der Debatte um die Zirkulation von Wissen in den Gender Studies gelungen. Schade ist allerdings, dass sich eine Theoretisierung von Wissenstransfer oder Wissenszirkulation in den Gender Studies gerade nicht stringent durch den Band zieht.

Beate Binder, Gabriele Jähner, Ina Kerner, Eveline Kilian, Hildegard Maria Nickel (Hg.), 2011: *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 244 Seiten, ISBN 978-3896912336.

Dorian R. Woods

Family Policy in Transformation. US and UK Policies

ANNETTE HENNINGER

Dorian Woods fragt in ihrer Dissertation zu familienpolitischen Reformen in den USA und in Großbritannien, warum ab den 1990er Jahren unter den New Democrats bzw. unter New Labour die Familienpolitik deutlich ausgebaut wurde und wie sich der vergleichsweise stärkere Ausbau in Großbritannien erklären lässt. Diese Fragen geben der Wohlfahrtsstaatsforschung ein spannendes Forschungsrätsel auf,

da sich beide Länder als liberale Wohlfahrtsstaaten bislang durch staatliche Nicht-einmischung in die Familie auszeichneten. Anhand paralleler Fallstudien untersucht die Autorin, wie beide Länder die Verknüpfung von Sozialhilfe und Erwerbstätigkeit verstärkten, die Kinderbetreuung reformierten, Steuerermäßigungen für Familien einführten bzw. ausweiteten und Elternzeit-Regelungen schufen.

Der einführende Theorieteil bietet im ersten Kapitel einen knappen Überblick über das zunehmende Interesse der Wohlfahrtsstaats-Forschung an Familienpolitik und die Erklärungskraft unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Theorieschulen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die jüngere Hinwendung zu ideenpolitischen Erklärungen gelegt. Dieser Strömung schließt sich die Autorin an, wobei sie die Verknüpfung von Ideen mit Institutionen und parteipolitischen Interessen analysieren möchte. Die Erklärungskraft von Ideen soll mittels der Methode kausaler Inferenz durch den Vergleich ähnlicher Fälle demonstriert werden. Im zweiten Kapitel diskutiert Woods Analysekonzepte aus der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung und skizziert den Wandel parteipolitischer Positionen bei Demokraten und Republikanern in den USA bzw. der Konservativen und der Labour-Partei in Großbritannien. Ebenso werden hier das Forschungsdesign und die Auswahl der Untersuchungsländer begründet. Leider werden die Datengrundlage der Studie sowie die Sampling- und Auswertungsstrategien nicht erläutert; die Information, dass neben einer Auswertung von Sekundärliteratur Originaldokumente analysiert und Interviews geführt wurden, verbirgt sich in den Quellenangaben zu den Fallstudien. Ebenso vermisst man hier eine systematische Zusammenfassung der forschungsleitenden Annahmen bzw. der Analysedimensionen, die der empirischen Untersuchung zugrunde gelegt werden.

Die Stärke der Arbeit liegt in den sorgfältig recherchierten und kenntnisreich dargestellten empirischen Fallstudien, die den Prozess der Politikgestaltung in den vier eingangs genannten Politikfeldern vergleichend analysieren. Dabei werden jeweils das historische Erbe wohlfahrtsstaatlicher Policies und Diskurse vor Regierungsantritt der New Democrats bzw. von New Labour, die politische Position beider Parteien während der Opposition sowie relevante Wendepunkte bei der Implementierung der familienpolitischen Programme während ihrer Regierungszeit analysiert. In den Zwischenfazit zu den Fallstudien sowie im abschließenden Fazit gelingt es der Autorin deutlich besser als im einführenden Theorieteil, die der Analyse zugrunde gelegten Einflussfaktoren zu explizieren sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den analysierten Politikprozessen herauszuarbeiten.

Das zentrale Argument von Woods ist, dass sich in den während der Oppositionszeit entworfenen sozialpolitischen Reformagenden der New Democrats bzw. von New Labour bereits Konzessionen an den von der gegnerischen Regierungspartei bestimmten sozialpolitischen Diskurs finden lassen. Beim Regierungsantritt beider Parteien habe sich ein Gelegenheitsfenster für die Einspeisung neuer familienpolitischer Ideen und Diskurse in den Politikprozess aufgetan. Die parteipolitischen Ideen zur Arbeitsmarktaktivierung von Müttern, zur Erwerbstätigkeit von Eltern als Instrument der Armutsbekämpfung sowie zu sog. Make-work-pay-Strategien

glichen sich sehr stark. Das institutionelle Setting (fokussiert werden v.a. der Grad der Universalisierung wohlfahrtsstaatlicher Programme, der Grad der Zentralisierung von Regierungsmacht sowie die Zahl der Vetospieler) habe die Aufnahmefähigkeit beider politischer Systeme für neue Ideen und damit den weiteren Verlauf des Politikprozesses beeinflusst. In Großbritannien habe der im Vergleich zu den USA breitere EmpfängerInnen-Kreis der Maßnahmen auch zu einer breiteren Akzeptanz als in den USA geführt. Die Übernahme des Social-Investment-Diskurses der EU begünstigte den Ausbau der Kinderbetreuung. Die starke Zentralisierung politischer Macht in Großbritannien ermöglichte eine inkrementelle Politikstrategie, wobei Programme nach Evaluierung einer anfänglichen Pilotphase sukzessive ausgeweitet wurden. Als Folge, so Woods, wurde in einem größeren Ausmaß zu einem Politikwandel in Großbritannien beigetragen. Dagegen kam es in den USA zur rassistischen Stigmatisierung von Sozialhilfe-Empfängerinnen – v.a. Alleinerziehende afro-amerikanischer oder hispanischer Herkunft – als „welfare queens“. Die Fokussierung auf das Verhalten erwachsener Sozialhilfe-EmpfängerInnen ging mit einer De-Thematisierung von Kinderarmut einher. Das System von „checks and balances“ zwischen Senat und Repräsentantenhaus sowie zwischen Zentralregierung und Einzelstaaten beeinträchtigte die Chancen der Demokraten, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Insbesondere nachdem die Republikaner ab 1994 in beiden Kammern über die Mehrheit verfügten und die Mehrheit der Gouverneure der Einzelstaaten stellten, wurden die Reformbemühungen der Clinton-Regierung durch langwierige Verfahren der Kompromissbildung verwässert, was zu einem geringeren Ausmaß an Politikwandel beitrug. So wurde die Arbeitsmarktaktivierung von Alleinerziehenden in den USA nicht mit einem Anspruch auf Kinderbetreuung verknüpft; auch die Idee bezahlter Elternzeit galt als politisch nicht durchsetzbar. Das Buch weist eine klar formulierte und spannende Forschungsfrage auf. Trotz der genannten Schwächen im Theorieteil ist der Verfasserin ein sehr lesbares und instruktives Werk über die jüngeren familienpolitischen Reformen in beiden Untersuchungsländern gelungen. Der Erkenntnisgewinn liegt neben der von der Autorin betonten Mediation ähnlicher Politikideen durch das Einwirken des länderspezifischen historisch-institutionalistischen Erbes sowie durch unterschiedliche Vetospieler-Konstellationen vor allem darin, dass es ihr gelingt, die Langzeitwirkung von Ideen aufzuzeigen: Einmal in den politischen Diskurs eingeführt, verändern Ideen das diskursive Feld nachhaltig und beeinflussen auch die Problemwahrnehmung sowie politische Legitimationsstrategien der nachfolgenden Regierung. Spannende weiterführende Forschungsfragen ergeben sich aus der Übertragung des Forschungsdesigns auf Untersuchungsländer, die anderen Wohlfahrtsregimes zugerechnet werden; so ließen sich vermutlich bei der Analyse der Expansion von Familienpolitik in Deutschland interessante Parallelen, aber auch Unterschiede herausarbeiten.

Dorian R. Woods, 2012: *Family Policy in Transformation. US and UK Policies*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 269 S., ISBN 978-0-230-27781-6.

Annika Bach, Katharina Fritsche, Margreth Lünenborg

Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption

MARIA SULIMMA

Der Band erschien innerhalb der Reihe „Critical Media Studies“ des transcript-Verlages und ist das Ergebnis eines vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Projekts der Kommunikationswissenschaftlerinnen Lünenborg, Fritsche und Bach. Im Anschluss an eine systematische Aufarbeitung des bisherigen Forschungsstandes verbindet die Publikation eine Medieninhaltsanalyse verschiedener Printsergebnisse mit einer Rezeptionsanalyse der untersuchten Mediendiskurse in Fokusgruppendifkussionen. Das Forschungsinteresse gilt den Medienbildern von Migrantinnen, ihren Lebensentwürfen, den Problemen ihres Alltags und möglichen Identifikationspotenzialen, die über ihre Darstellungen vermittelt werden: Wird die Vielfältigkeit und Heterogenität von in Deutschland lebenden Migrantinnen entsprechend in Medientexten repräsentiert oder beschränken sich die Texte auf einzelne Mediendiskurse um z.B. „Ehrenmord“ an der Kurdin Hatun Sürücü? Unter Migrantinnen verstehen die Autorinnen dabei weiblich sozialisierte Personen, die medial aufgrund expliziter Faktoren (wie ihres Herkunftslandes oder Migrationsstatus) oder impliziter Faktoren (wie ihrer Biographie, Religionszugehörigkeit, Sprache, Äußerlichkeiten oder Name) als ethnisch divers von der Mehrheitsgesellschaft abgegrenzt werden.

Während die Darstellung von Migranten in den Medien seit Mitte der 1990er von wissenschaftlichem Interesse ist, wurde die Kategorie Geschlecht in diesem Zusammenhang bisher kaum berücksichtigt. Die wenigen explorativen Fallstudien (z.B. Röder 2007) fokussieren primär auf die Darstellung der muslimischen Migrantin. Die Publikation füllt hier eine Leerstelle, da erstmalig übergreifend mediale Repräsentationen von Migrantinnen insgesamt erfasst werden. Als theoretische Basis werden soziologische Theoretisierungen zu Intersektionalität in den Medien- und Kulturwissenschaften umgesetzt und Interdependenzen zwischen den Kategorien Geschlecht und Ethnizität berücksichtigt. Ethnizität verstehen die Autorinnen als Prozess, der „die Situiertheit des Subjektes in einem politischen und kulturellen Rahmen stark [macht], ohne sich an explizit nationalstaatliche Grenzen zu halten und betont (wie der Begriff Gender) die identitätsprägenden Komponenten“ (15). Die Medieninhaltsanalyse basiert auf 1.265 Artikeln verschiedener überregionaler, regionaler als auch dem Boulevard zuzuordnender Tageszeitungen in dem Untersuchungszeitraum 2005 bis 2008. Aus diesen leiten die Verfasserinnen eine sechsteilige Typologie ab. In der Erhebung erwies sich der Typ Opfer mit 28,7% als dominanteste Darstellungsform von Migrantinnen, unter dem sowohl Medienbilder von osteuropäischen Zwangsprostituierten als auch von muslimischen Frauen, die

als Vertreterinnen einer „modernen Weiblichkeit“ gegen die Konventionen einer als rückständig charakterisierten Herkunftscommunity verstoßen, zusammengefasst werden. Allerdings ließen sich auch andere, widersprüchliche Darstellungstypen feststellen: Die öffentliche, relevante Prominente, die dem Alltäglichen zuzuordnende Nachbarin, die defizitäre und rückständige Integrationsbedürftige, die eigenständige und positiv beschriebene Erfolgreiche oder die kriminell handelnde oder illegale Unerwünschte. Bezogen auf die untersuchten Tageszeitungen, stellten die Wissenschaftlerinnen in den lokalen Zeitungen die vielfältigsten und am ehesten angemessenen Berichterstattungen fest.

In der anschließenden Rezeptionsanalyse interessiert die Autorinnen, inwiefern die in den Medientexten transportierten Bilder Bedeutung für die Selbst- und Fremdwahrnehmungen von Migrantinnen haben. Hierzu bildeten sie möglichst erfahrungshomogene Fokusgruppen von jungen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die jeweils auch in Gruppen mit und ohne Allgemeine Hochschulreife unterteilt wurden. Innerhalb der Fokusgruppen mit Migrationshintergrund lehnten die Diskutierenden den Begriff „Migrantin“ als Selbstbezeichnung ab; thematisierten jedoch häufige Diskriminierungen oder Fremdzuschreibungen in Alltagssituationen, welche sich ihrer Ansicht nach aus Mediendiskursen speisen. Die Frauen forderten aus einer kritisch distanzierenden Perspektive heraus angemessenere Darstellungen mit Identifikationspotenzial und wünschten sich insgesamt Abbildung der Normalität und des Alltages: „Sichtbarkeit als normale Bürgerin“ (146). Die Autorinnen deuten diese Forderungen im Sinne eines „cultural citizenship“: „Mit und durch Medien werden somit maßgeblich Teilhabe und Zugehörigkeit zur Gesellschaft hergestellt und verhandelt.“ (17) Innerhalb der Fokusgruppen ohne Migrationshintergrund gab es kaum Bezug zur Darstellung von Migrantinnen in den Medien oder ihren Alltagssituationen. Die Frauen ohne Migrationshintergrund und ohne allgemeine Hochschulreife bezogen sich auf medienvermittelte Bilder, Stereotype und Rassismen als „Differenzmarkierung zur eigenen kulturellen Identität“ (123). Zentraler Befund beider Erhebungen ist eine komplementäre Dualität von geschlechtsspezifischen Medienbildern innerhalb eines hegemonialen Mediendiskurses: Dem männlich sozialisierten Migranten als Aggressor wird die weiblich sozialisierte Migrantin als schutzbedürftiges Opfer gegenüber gestellt.

Die Berücksichtigung der Kategorie Ethnizität evoziert ein aus der Geschlechterforschung bezüglich der Kategorie Geschlecht bekanntes Paradoxon: Es besteht die Gefahr, das zu Erforschende durch den Forschungsprozess ein- bzw. festzuschreiben. Die Wissenschaftlerinnen betonen dieses Dilemma: „Ein *Doing Ethnicity* ist somit auch in den Forschungsprozess eingeschrieben.“ (26) Wenn jedoch in den Fokusgruppendifkussionen Teilnehmende den Begriff „Migrantin“ als Selbstbezeichnung ablehnen und kritisieren, erscheint es vor dem kritischen Selbstanspruch schwierig, dass dieser von den Forscherinnen weiterhin verwendet wird.

Insgesamt erarbeiten die Autorinnen eine grundlegende, umfassende und durchdachte Erhebung und Analyse der Medienbilder von Migrantinnen in Printmedien,

welche dringend um weitere Forschung zu anderen Medienarten ergänzt werden sollte. Die vorliegende Publikation bietet zahlreiche wichtige Anknüpfungspunkte und Impulse für die an Intersektionalität orientierte kritische Medien- und Kommunikationswissenschaft als auch der medienkritischen Politikwissenschaft.

Annika Bach, Katharina Fritsche, Margreth Lünenborg, 2011: *Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*. Bielefeld: transcript Verlag, 230 S., ISBN 978-3-8376-1730-6.

Ursula Birsl (Hg.)

Rechtsextremismus und Gender

SILKE SCHNEIDER

Der Sammelband bietet einen Blick auf aktuelle Fragen der Rechtsextremismusforschung, die von der Geschlechterforschung beeinflusst sind oder Verbindungen zwischen beiden Forschungsperspektiven nahe legen. Dass Frauen wie Männer rechtsextrem sind – sowohl was das WählerInnenpotenzial als auch was Einstellungen und Mitgliedschaft in politischen Organisationen angeht –, kann als historische Konstante bezeichnet werden. Aber weder haben Frauen Hitler „an die Macht gebracht“, noch sind sie per se „unpolitischer“ als Männer – ein Klischee, das zuletzt in der Berichterstattung der Boulevard-Presse über den „Nationalsozialistischen Untergrund“ wieder auflebte. Gleichzeitig weisen rechtsextreme und nationalsozialistische Parteiorganisationen und Gruppierungen offensichtliche Geschlechterhierarchien auf und rechtsextreme Einstellungen sind in der Regel durch einen deutlichen Antifeminismus und Sexismus gekennzeichnet. Neuere Forschungen weisen darauf hin, so die Herausgeberin *Ursula Birsl* in der Einleitung des Bandes, dass es einen empirisch nachweislichen geschlechtsspezifischen Rechtsextremismus gibt – Unterschiede zeigen sich demnach bezüglich des Sexismus und der Gewaltorientierung (15) und sie verweist dabei auf Richard Stöss. Hier sieht Birsl weiteren Forschungsbedarf zum einen im Geschlechtervergleich, z.B. was Fragen rechtsextremer Gewalt betrifft; daher regt sie im Bereich Rechtsextremismusforschung eine stärkere Verbindung von feministischer Forschung und kritischer Männlichkeitsforschung an. Zum anderen vermisst sie eine stärker gesellschaftstheoretische Ausrichtung der empirischen Rechtsextremismusforschung, die insgesamt Macht- und Herrschaftsverhältnisse und deren Verschränkung stärker in den Blick nehmen sollte etwa in Verbindung zur feministischen Intersektionalitätsforschung.

Der Aufbau des Bandes greift diese Herangehensweise an das Themenfeld auf und ist in vier Teile gegliedert: grundlegende Einordnungen, Konstruktionen von Geschlechterbildern, Einstellungen und Zugänge zum Rechtsextremismus sowie Praxisorientierung. Unter dem Titel „Einordnungen“ sind drei Aufsätze versammelt, die Ausrichtungen der Rechtsextremismusforschung vorstellen. *Christoph Butterwegge* versammelt bekannte Argumente gegen eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus und setzt sich einmal mehr mit dem Totalitarismusbegriff als politischem Kampfbegriff auseinander. Hier argumentiert er überzeugend gegen die Angreifer aus der Extremismusforschung, verbleibt dabei allerdings auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung. Eine Auslotung des analytischen Potenzials von Begriffen wie Totalitarismus, Terrorismus oder Populismus, die u.U. auch interessant wäre, verbleibt daher. Fragen der Geschlechterforschung werden im Text nicht angesprochen. Anders der anschließende Beitrag von *Birgit Rommelspacher*, die seit Jahrzehnten zu Fragen von Gender, Rassismus und Rechtsextremismus forscht. Rommelspacher stellt zunächst geschlechtsspezifische Einstellungen und Motive im Rechtsextremismus vor und verweist etwa auf die geringe Anzahl von Frauen, die rechtsextreme Gewalt befürworten oder selbst ausüben (45), und auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen eigener Diskriminierungserfahrungen von Frauen – z.B. die Herausbildung einer „Ethnisierung des Sexismus“ (46). Da die soziale Lage von Männern wie Frauen keine hinreichende Erklärung für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen biete, müssten insbesondere die kulturellen Faktoren im Hinblick auf eine Geschlechterdifferenz überprüft werden: die Verschränkung von sozialer Schicht und ethnischer Herkunft in einer Dominanzideologie – offenbar unterscheiden sich rechtsextreme Frauen und Männer hinsichtlich der Bereiche, in denen sie ihre „Dominanzansprüche anmelden“ (53). Während Frauen und Mädchen eher den Alltag politisierten, hier auf der Grundlage autoritärer Einstellungen und Einhaltung von Konventionen rigide Anpassungsforderungen stellten und extrem ausgrenzend auf „Fremdes“ reagierten, zeigten Männer dies stärker über „Gewalt und Konkurrenzverhalten“ (ebd.). In einem zweiten Teil stellt Rommelspacher die Bandbreite der Positionen zum Geschlechterverhältnis im rechten Spektrum vor – einerseits bezüglich der Parteiprogramme, andererseits bezüglich der Selbstverortungen rechter Aktivistinnen. Dabei referiert sie Positionen zu der Frage, die im Zusammenhang der Forschung zu Frauen in den völkischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts aufgekommen ist und auch im Zusammenhang mit der Rechtsextremismusforschung diskutiert wird: Lässt sich von einem rechten Feminismus sprechen? Insgesamt arbeitet Rommelspacher heraus, dass rechte Frauen wie Männer sich im Hinblick auf ihr Interesse an sozialer Hierarchisierung und rassistischer Dominanz nicht unterscheiden. Unterschiede zeigten sich vielmehr in Motivationen und politischen Äußerungsformen, die vor allem auf gesellschaftliche Positionierung und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurückzuführen seien (65). Den ersten Abschnitt des Bandes schließt ein Beitrag von *Samuel Salzborn*, der geschlechterkritische Positionen zu psychoanalytischen Antisemitismustheorien vorstellt.

Der zweite Abschnitt des Bandes versammelt unter dem Titel „Konstruktionen“ vier Beiträge, die sich aus feministischer Perspektive mit Rassismus (Räthzel) und den Weiblichkeitsbildern rechtsextremer Frauen (Bitzan) sowie aus der Perspektive der kritischen Männlichkeitsforschung mit rechtsextremen Männlichkeitsvorstellungen auseinandersetzen (Möller, Hüttmann). *Nora Räthzel* untersucht, welche Funktionen „Diskurse über den Anderen“ für die Verinnerlichung der sozialen Ordnung und den Zusammenhalt der Gesellschaft haben. Sie liest stereotype Bilder von „Anderen“ als „rebellische Selbstunterwerfung“ (105) und damit als Indikatoren für gesellschaftliche Konflikte (110). Räthzel erfüllt mit ihrem differenzierten Beitrag am deutlichsten die in der Einleitung formulierte Forderung nach einer gesellschaftstheoretischen Perspektive. Bitzan zeigt die Bandbreite rechtsextremer Frauenbilder anhand von Modernisierungen und Re-Traditionalisierungen auf. Verbindendes Element blieben – angesichts der zentralen Bedeutung von Nation und Volk – grundsätzlich komplementäre Geschlechterbilder und der Begriff der „Gleichwertigkeit“ (118, 126). Hier warnt *Renate Bitzan* vor potenziellen Verbindungsmöglichkeiten zu feministischen Positionen, die sie u.a. im Bereich dualistischen Differenzdenkens und einer Naturalisierung von Weiblichkeit sieht. *Kurt Möller* arbeitet in ähnlicher Weise die Vielgestaltigkeit von Männlichkeitsentwürfen im rechten Spektrum heraus, „den“ rechten „Kerl“ gebe es nicht (141), zentrale Gemeinsamkeit sei aber die Rolle der Gewalt. Auch *Jörn Hüttmann* kommt bei seiner Analyse der „Deutschen Stimme“, Parteiblatt der NPD, zu dem Ergebnis, dass es unterschiedliche, gar konkurrierende rechte Männlichkeitsbilder gebe, dominant sei aber das soldatische.

Im dritten und umfangreichsten Abschnitt sind sechs empirische Beiträge zu Einstellungen, Zugängen und Gelegenheitsstrukturen versammelt. Hierbei geht es u.a. um geschlechtsspezifische Sozialisationserfahrungen und Persönlichkeitsstrukturen, Einstellungen zu Rechtsextremismus und Demokratie, das Verhältnis von Frauen und Mädchen zu rechter Gewalt und Studentenverbindungen. *Beate Küpper* und *Andreas Zick* werten die Daten ihrer Bielefelder Erhebung zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ im Hinblick auf eine Geschlechtsspezifität aus: Männer und Frauen unterscheiden sich im Ausmaß ihrer Vorurteile nicht wesentlich (195), Frauen kommunizierten diese allerdings „subtiler“ und „impliziter“ (193) als Männer. Es wäre spannend, die vorliegenden Daten der Bielefelder Studie auf der Grundlage feministischer Theorien zu interpretieren. Abschließend werden die Auswertungen zweier praxisorientierter Projekte zu geschlechtsspezifischen Ein- und Ausstiegsprozessen in die rechtsextreme Szene und zu einer gendersensiblen Rechtsextremismusprävention vorgestellt.

Als Stärke dieses Bandes erweist sich insgesamt die Heterogenität der Beiträge. Extrem unterschiedlich in analytischem Anspruch und theoretischem Tiefgang zeigen sie die Bandbreite der Fragestellungen und der Materialaufarbeitung im Bereich der Geschlechterforschung zum Rechtsextremismus und weisen auf weitere Forschungsdesiderate hin. Schade ist, dass bei der Herstellung des Bandes nicht etwas

mehr Sorgfalt verwandt wurde – es fehlen in den Beiträgen bemerkenswert viele Literaturangaben, auch sind leider nicht alle AutorInnen im Verzeichnis am Ende des Bandes zu finden.

Ursula Birsl (Hg.), 2011: Rechtsextremismus und Gender. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 337 S., ISBN 978-86649-388-9.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Dauber, Andrea S., 2012: Arbeitsmarkterfordernis berufliche Mobilität: Geschlechtergleichheit in der Krise? Leverkusen: Verlag Budrich UniPress.

Fredrich, Bettina, 2012: verorten – verkörpern – verunsichern. Eine Geschlechtergeografie der Schweizer Sicherheits- und Friedenspolitik. Bielefeld: transcript Verlag.

GenderInitiativkolleg (Hg.), 2012: Gewalt und Handlungsmacht. Queer_Feministische Perspektiven. Frankfurt/M.: Campus Verlag.

Görges, Luise, 2012: Auf Lohnabstand gehalten. Über die Widersprüche marktliberaler Konzepte in der Arbeitsmarktpolitik. Berlin: Verlag edition sigma.

Heinz, Marion/**Doyé**, Sabine/**Kuster**, Friederike, 2012: Geschlechterordnung und Staat. Legitimationsfiguren der politischen Philosophie 1600-1850. Berlin: Akademie-Verlag.

Hikel, Christine/**Schrant**, Sylvia (Hg.), 2012: Terrorismus und Geschlecht. Politische Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Campus Verlag.

Klammer, Ute/**Neukirch**, Sabine/**Weßler-Poßberg**, Dagmar, 2012: Wenn Mama das Geld verdient. Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern. Berlin: Verlag edition sigma.

Spotton Visano, Brenda, 2012: Financial Crisis. Socio-Economic Causes and Institutional Context. London: Routledge.

Weiss, Alexandra, 2012: Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und post-fordistischen Kapitalismus. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.